

Preisdruck

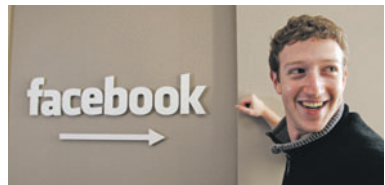
Novartis mit
Milliardenverkauf

BASEL Nach weniger als zwei Monaten im Amt drückt der neue Novartis-Chef Vas Narasimhan dem Pharmakonzern bereits seinen Stempel auf: Für 13 Milliarden Dollar verkauft Novartis die Beteiligung am Gemeinschaftsunternehmen für rezeptfreie Medikamente an den britischen Rivalen GlaxoSmithKline. Bislang hielt Novartis an dem Gemeinschaftsunternehmen mit bekannten Marken wie dem Muskelgel Voltaren, Otrivin-Nasenspray oder der Zahnpaste Sensodyne 36,5 Prozent. Mit dem Verkaufserlös will der Basler Konzern seinerseits auf Einkaufstour gehen und das Kerngeschäft ausbauen, zu dem etwa Krebsmedikamente gehören. (sda/reu)

Skandal bei Facebook

Chef entschuldigt
sich in Zeitungen

BERLIN Facebook-Chef Mark Zuckerberg hat sich bei den deutschen Nutzern per Zeitungsanzeigen entschuldigt. Unter anderem in der «Bild» oder der «FAZ» war in ganzseitigen Anzeigen zu lesen: «Es ist unsere Verantwortung, deine Informationen zu schützen. Wenn wir das nicht können, haben wir diese Verantwortung nicht verdient.» Der Facebook-Chef entschuldigte sich für den «Vertrauensbruch» und versprach, «dass wir unsere Arbeit in Zukunft besser machen». Zuckerberg hatte sich am Sonntag bereits in mehreren britischen Zeitungen für den Daten-skandal entschuldigt. (sda/dpa)



Mark Zuckerberg. (Archivfoto: RM)

Zuerst Champagner, dann der Kater

Wirtschaftsausblick Die Wirtschaft steht nicht nur weltweit, sondern auch in Liechtenstein gut da. Wer jetzt in Feierlaune kommt, der sei seitens der Stiftung Zukunft.li gewarnt: Jede Party hat auch ein Ende.

VON DANIELA FRITZ

Die Weltwirtschaft befindet sich in einem Hoch, die Zinsen und Inflation sind tief, die Arbeitslosigkeit sinkt, der Euro steigt, der Export wächst und die Auftragsbücher sind voll. «Was wollen wir eigentlich mehr?», fragte Peter Eisenhut, Präsident der Stiftung Zukunft.li am Montagmittag während des «Wirtschaftsausblicks 2018» im Gampriner Gemeindesaal in die Runde. Da könnte man eigentlich die Champagnerkorken knallen lassen. Aber: «Champagnerlaunen sind gefährlich - und je länger sie dauern, desto gefährlicher werden sie. Denn darauf folgt die Katerstimmung.» Er habe diesen Satz schon einmal verwendet: 2008, als die Wirtschaftskrise ihren Anfang nahm. Die entscheidende Frage sei nur, wann die Party zu Ende gehe. Bei den langfristigen Zinsen habe es 2017 praktisch keine Bewegung gegeben - obwohl in den USA der Leitindex mehrmals erhöht worden sei. «Die Situation ist völlig paradox. Wir leben in einer Hochkonjunktur und gleichzeitig signalisieren die Zinsen, wir befänden uns in einer Depression», wunderte sich Eisenhut. Langfristig sei dies nicht haltbar. Er hatte zwei Szenarien für 2018 parat: Läuft die Konjunktur weiterhin so gut, bleibt die Inflation tief, strafft die SNB ihre Geldpolitik nicht und steigen die Börsen weiter, sei bis Ende Jahr kein Anstieg der Zinsen zu erwarten.

Eisenhuts Alternative dazu: «Alles kracht einmal zusammen.» Die Höhedynamik der Weltwirtschaft und die wieder gestiegenen Investitionen



Regierungschef Adrian Hasler (rechts) im «Talk» mit Thomas Lorenz, Geschäftsführer der Stiftung Zukunft.li. (Foto: Michael Zanghellini)

führen zu höherer Inflation und höheren Zinsen. «Von diesem Szenario bin ich überzeugt, die entscheidende Frage ist, wann es passiert», betonte der Konjunktexperte. Im Januar habe er bereits gemeint, es sei so weit - nun sehe es so aus, als gehe es die nächsten Monate noch weiter aufwärts, vielleicht auch noch bis 2019. «Aber nach meiner Beurteilung sind wir relativ nah dran», so Eisenhut. Er berief sich auf Signale von «Überschwang und Übermut» und nannte ein paar Beispiele aus Deutschland: So hätten etwas ThyssenKrupp und die IG Metall beschlossen, dass es bis 2026 keine betriebsbedingten Kündigungen geben werde - trotz Überkapazitäten und mittlerweile drohenden Strafzöllen der USA. Ausserdem sehe der Koalitionsvertrag vor, dass der Arbeitsmarkt weniger flexibel werden soll. «Wirtschaftspolitische Sünden werden immer in guten und nicht in schlechten Zeiten gemacht», kommentierte Eisenhut.

Liechtensteins Konjunktur brummt

Wie in der Weltwirtschaft stehen auch in Liechtenstein die Ampeln - noch - auf grün. So seien etwa die Exporte im vergangenen Jahr um 1,6 Prozent, im ersten Quartal 2018 gar um rund 6 Prozent gestiegen. Aller-

dings befinde sich Liechtenstein hier noch immer 21 Prozent unter dem Niveau von 2008, während die Schweiz und der Kanton St. Gallen ein Rekordjahr hinter sich hätten. Eisenhut zeigte auch auf, dass Liechtensteins Exportwirtschaft anders als jene der Schweiz stark vom Eurokurs abhängig ist. Dazu, wie sich der Euro und der Franken im Verhältnis dazu entwickelt, hatte Eisenhut ebenfalls zwei Alternativen im Gepäck. Einerseits könnte der Euro auf den Kurs von 1.20 Franken zusteuern - Eisenhut sieht hierfür eine Wahrscheinlichkeit von 50 bis 60 Prozent, sofern die Konjunktur im Euroraum dynamisch bleibt, die Europäische Zentralbank aus der expansiven Geldpolitik aussteigt, in der Eurozone politische Einigkeit herrscht und es keine Gründe gibt, in sichere Häfen wie den Franken zu flüchten. Andererseits könnte - zumindest mit etwa 30 Prozent Wahrscheinlichkeit - der Eurokurs wieder auf 1.10 Franken oder tiefer fallen, da die Probleme rund um den Euro keineswegs gelöst worden seien. Neben der Exportentwicklung ergibt auch die Konjunkturumfrage ein positives Bild: So beurteilen die Industrieunternehmen die allgemeine Lage sowie die Aussicht überwiegend positiv und es gebe ein Aufat-

men. «Der Margendruck, unter dem man so lange gelitten hat, gehört hoffentlich der Vergangenheit an», so Eisenhut. Auch die Finanzdienstleister hätten vom guten internationalen Umfeld profitiert. «Im Treuhänderbereich ist der Himmel zwar nicht ganz so klar wie bei Banken, aber die dunklen Wolkenfelder sind kleiner und der Sonnenschein mehr geworden», so Eisenhut weiter. Differenzierter sieht es dagegen in der Baubranche aus: Zwar sei die Anzahl der Baubewilligungen gestiegen, die Firmen allerdings sind dennoch weniger optimistisch, was ihre Lage angeht. Schwer habe es auch der Handel, der mit Einkaufstourismus, der Digitalisierung und dem Onlinehandel zu kämpfen hat. Überraschenderweise sei der Ausblick aber recht erfreulich, weil der Tiefpunkt überschritten sei und die Situation 2018 besser werden soll.

Fehlende Produktivität

Nach wie vor sieht Eisenhut einen grossen Wermutstropfen: Liechtensteins Volkswirtschaft wächst zwar, aber zu wenig nachhaltig. Wichtiger als Beschäftigungszuwachs sei die Entwicklung der Produktivität, die noch zu wünschen übrig lasse. Ein Schlüsselfaktor zu deren Steigerung seien Investitionen.

Da konnte Regierungschef Adrian Hasler im anschliessenden «Talk» mit Geschäftsführer Thomas Lorenz auch gleich einige anstehende Projekte nennen: Er verwies auf das Dienstleistungszentrum Giessen, die Schulbautenstrategie, grössere Projekte seien auch im Verkehrsbereich geplant, aber auch in Hinblick auf die Digitalisierung stünden Investitionen an.

Steuergeschenke schloss Hasler dagegen vorerst aus, noch gelte es die Landesrechnung und insbesondere die Eckwerte im Auge zu behalten. Zum einen kenne Liechtenstein im Vergleich bereits sehr tiefe Steuern, zum anderen kämen etwa mit der demografischen Entwicklung grosse Herausforderungen auf das Land zu, die finanziert werden müssten.

Eisenhut: «Es ist wichtig, beim Ausbruch der nächsten Rezession nicht mit leeren Kassen dazustehen»

Interview Die nächste Konjunkturkrise kommt bestimmt, die Frage ist wann. Neben einem finanziellen Polster sollte in Liechtenstein gemäss Peter Eisenhut, Präsident der Stiftung Zukunft.li, vor allem auch auf die Produktivität geachtet werden.

VON DANIELA FRITZ

«Volksblatt»: Die Weltwirtschaft befindet sich (noch) in einem Hoch. Warum gehen Sie davon aus, dass die Party bald ein Ende hat?

Peter Eisenhut: Ich gehe davon aus, dass das konjunkturelle Hoch auch 2018 anhalten wird. Allerdings haben die ultraexpansive Geldpolitik und die extrem tiefen Zinsen zu Fehlallokationen geführt, die Korrekturen an den Finanz- und Kapitalmärkten auslösen können. Es ist eine absurde und auf die Länge nicht haltbare Situation, dass die Wirtschaft auf vollen Touren läuft und die Zinsen dabei so tief sind, als wären wir in einer Depression. Die Geldpolitik der letzten Jahre ist eben ein gefährliches, historisch einmaliges Experiment, dessen Ausgang noch offen ist.

Weil Sie bei der Veranstaltung im Gampriner Gemeindesaal auf das Jahr 2008 angespielt haben, als Katerstimmung die Champagnerlaune ersetzte: Droht wieder eine Wirtschaftskrise in dem Ausmass? Es gibt Gemeinsamkeiten zwischen der heutigen Situation und derjenigen vor dem Ausbruch der Wirt-

schafts- und Finanzkrise 2008. Gemeinsam sind insbesondere die tiefen Zinsen und die hohe Verschuldung. Allerdings gibt es auch grosse Unterschiede. «Faule» Hypothekarkredite sind zumindest nicht mehr im selben Masse vorhanden und die Banken sind heute besser finanziert als 2008. Daneben gibt es - wie so oft - zahlreiche Ungewissheiten auf der Welt, die zu Konjunkturrückschlägen führen können.

Wenn es dann so weit ist - ist Liechtenstein gewappnet? Welche Weichen müssten noch gestellt werden? Liechtenstein kann sich einer weltweiten Konjunkturkrise nicht entziehen - für ein so kleines Land mit einer so international verflochtenen Wirtschaft wäre das eine Illusion. Für Unternehmen ist es die beste Prävention das unablässige Bemühen, die eigenen Prozesse zu verbessern, die Bedürfnisse der Kunden noch besser verstehen zu lernen, und herauszufinden, wie und wo ein Mehrwert geschaffen werden kann. Für Unternehmen und das Land Liechtenstein signalisiert der Umstand Handlungsbedarf, dass das Produktivitätswachstum kaum vom Fleck kommt. Zudem ist es wichtig, beim

Ausbruch der nächsten Rezession nicht mit leeren Kassen dazustehen.

Die fehlende Produktivität Liechtensteins bemängelt die Stiftung Zukunft.li immer wieder. Wo müsste angesetzt werden, damit diese gesteigert werden kann?

Die wichtigste wirtschaftspolitische Zielgrösse für Liechtenstein ist das Bruttonationaleinkommen (BNE) pro Kopf. Der vielversprechendste Treiber dafür ist eben die Steigerung der Produktivität und nicht mehr Arbeitsstunden dank einer Erhöhung der Beschäftigung. Ein Schlüsselfaktor zur höheren Produktivität sind Investitionen, in die Infrastruktur, in das Bildungssystem, in die Produktionsprozesse, in die Forschung und Entwicklung und nicht zuletzt in die Mitarbeiter.

Als Exportnation und Europa als grösstem Abnehmer ist Liechtenstein stark abhängig vom Eurokurs. Inwiefern halten Sie das Erstarken des Euros für ein kurzfristiges Phänomen?

Ich bin der Meinung, dass die gute Konjunkturlage und die tiefen Zinsen die strukturellen Probleme innerhalb der Eurozone verschleiern.

Die Zukunft wird zeigen, ob in bedeutenden wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen Fortschritte und Einigkeit erzielt werden kann. Das ist die Voraussetzung zum Verhindern zukünftiger Eurokrisen.

Was macht Sie optimistisch, dass der Franken wieder stärker werden könnte?

Mittel- und längerfristig glaube und hoffe ich auf einen starken Franken. Würde ich nicht daran glauben, würde ich davon ausgehen, dass unsere Wirtschaft und die Politik an Stärke und Stabilität verlieren. Denn eine starke Währung ist nichts anderes als das Spiegelbild eines starken Landes.

Sie haben einige wirtschaftspolitische Sünden Deutschlands aufgezählt, wurden in Liechtenstein auch welche gemacht?

Wirtschaftspolitische Sünden im Hinblick auf die konjunkturelle Entwicklung kann ich in Liechtenstein nicht ausmachen.

Regierungschef Adrian Hasler will trotz guter Konjunktur - mit Blick auf das betriebliche Ergebnis der Landesrechnung - keine Steuerge-



Peter Eisenhut: «Wirtschaftspolitische Sünden im Hinblick auf die konjunkturelle Entwicklung kann ich in Liechtenstein nicht ausmachen.» (Foto: Zanghellini)

schenke verteilen. Wie beurteilen Sie das?

Eine oft beobachtbare wirtschaftspolitische Sünde in guten Zeiten ist, dass auf das Ausgabenpedal gedrückt wird. Diesen Fehler macht Liechtenstein nicht. Die Struktur des Landeshaushalts in Liechtenstein ist aufgrund der hohen Finanzreserven aussergewöhnlich, weil das Finanzergebnis einen relevanten Anteil am Gesamtergebnis ausmacht. Strebt man ein ausgeglichenes Betriebsergebnis im Kerngeschäft des Haushaltes an, führt die Ausklammerung dieser Erträge zu ständig ansteigenden Reserven. Das kann grundsätzlich nicht das Ziel der öffentlichen Haushalte sein. In Anbetracht der anstehenden finanziellen Herausforderungen, zum Beispiel in der Alterspflege und -betreuung, ist allerdings die Ausarbeitung von Finanzierungskonzepten prioritär.